

Die Europäische Union ist unverzichtbar!



Foto: rommma/Stock

Am 9. Juni wird ein neues Europäisches Parlament gewählt und damit wichtige Weichen für die Zukunft der Europäischen Union gestellt. Für uns Europäer und vor allem uns Landwirtinnen und Landwirte ist dies ein wichtiges Datum, denn „Europa braucht Bauern – und Bauern brauchen Europa“, wie DBV-Präsident Joachim Rukwied immer wieder betont.

dbk: Was hat sich seit der letzten Europawahl verändert?

DBV-Präsident Joachim Rukwied: Die prägenden Ereignisse der letzten Jahre waren die Corona-Pandemie und der seit über zwei Jahren anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Lieferketten wurden teilweise unterbrochen, die Schwachstellen der Globalisierung wurden offengelegt, zugleich aber auch ihre Stärken. Das Bewusstsein in Politik und Gesellschaft für die Systemrelevanz der Landwirtschaft, für ihre vielen Leistungen von Ernährungs-

DBV-Präsident Joachim Rukwied bei der Agrarfinanztagung in Berlin

Foto: Philipp Weiser



sicherung bis erneuerbare Energien wurde geschärft. Zudem führen uns die veränderten geopolitischen Gegebenheiten mittlerweile täglich vor Augen, dass Frieden und Freiheit auch für Europa keineswegs selbstverständlich sind. Hinzu kommt der weltweit spürbare Klimawandel, der die Landwirtschaft vor enorme Herausforderungen stellt. Das macht mehr als deutlich: Wir brauchen die Europäische Union als Stabilitätsanker, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können und um die multiplen Herausforderungen zu bewältigen.

dbk: Die Europawahlen stehen im Kontext europaweiter Bauernproteste. Wie haben die vergangenen Monate den politischen Diskurs der EU-Agrarpolitik verändert?

Rukwied: Unsere Bauernproteste in Deutschland haben eine Welle von Protestaktionen unserer europäischen Berufskollegen ausgelöst, die in nur wenigen Monaten ein Umdenken der europäischen Institutionen herbeiführte. Die politische Agenda von der Transformation bis hin zur Klimaneutralität wurde um Themen wie langfristige Planungssicherheit, Ernährungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ergänzt. Klima-, Umweltschutz und Tierwohl werden aber für uns Bauernfamilien weiterhin eine große Rolle spielen.

dbk: Wo stehen die Bäuerinnen und Bauern heute?

Rukwied: Der Deutsche Bauernverband bekennt sich klar zu Europa. Wir Bauern haben die europäische Einigung angeschoben, mitgetragen und gefördert. Auch zukünftig unterstützen wir eine Europäische Union, die für Frieden, Solidarität und wirtschaftliche Freiheit steht. Die Landwirtschaft ist ein wesentlicher Stabilitätsanker der EU und Garant für Ernährungssicherheit. Auch deshalb haben unsere Berufsvertreter einen hohen Stellenwert in der europäischen Politikgestaltung.

dbk: Kritik an der EU entzündet sich immer wieder daran, dass nur die EU-Kommission das Vorschlagsrecht für Gesetze hat. Sollte die EU mehr Demokratie wagen?

Rukwied: Wir haben mit Kommission, Rat und Parlament ein Konstrukt in der EU, das gute Arbeit leisten kann. Gerade im Europäischen Parlament gab es in den letzten Monaten wichtige Abstimmungen für die Landwirtschaft. Diese haben gezeigt, dass das Parlament im europäischen Dreigestirn mit Kommission und Rat ein funktionierendes Korrektiv ist, um demokratische Entscheidungen herbeizuführen. Umso wichtiger ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger am 9. Juni zur Wahl gehen.

dbk: Der DBV hat konkrete Kernanliegen für die nächste Legislaturperiode der EU. Was fordern Sie?

Rukwied: Im Mittelpunkt unserer Kernanliegen stehen wirtschaftliche Perspektiven für die europäischen und deutschen Bauernfamilien. Dafür brauchen wir eine Gesetzgebung, die es den Betrieben ermöglicht, im Wettbewerb zu bestehen, und die die besonderen Leistungen der Landwirtschaft auch ökonomisch honoriert. Vor allem brauchen wir aber auch einen umfassenden Abbau der überbordenden Bürokratie.

dbk: Green Deal und Farm-to-Fork: Wie muss es damit weitergehen?

Rukwied: Wir brauchen eine Neujustierung des Green Deal. Wir Bauern unterstützen die Ziele des Green Deal und der F2F-Strategie und damit die Weiterentwicklung zu einem noch nachhaltigeren Landwirtschafts- und Ernährungssystem. Allerdings ignorieren sie fundamentale Zielkonflikte und gefährden die Versorgungssicherheit. Die eigentlichen Nachhaltigkeitsziele drohen durch Produktionsverlagerungen in Drittländer und absehbar höheren Importbedarf konterkariert zu werden. Auch die veränderten sicherheits- und geopolitischen Erfordernisse durch den russischen Angriffskrieg sind nicht berücksichtigt. Wir brauchen einen Green Deal für die Landwirtschaft, der den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit stärkt, die Ernährung sichert und somit Stabilität und Wohlstand garantiert. Diese Herausforderungen müssen auch im Zentrum des angebotenen EU-Strategiedialogs stehen.

dbk: Mit der gescheiterten Sustainable-Use-Regulation haben Sie bereits einen beachtlichen Erfolg erzielt.

Rukwied: In vielen Gesprächen auf allen Ebenen konnten wir der Politik vermitteln, dass die einseitige Vorgabe von pauschalen Reduktionszielen keine zielführende Strategie ist, sondern stattdessen zum einen die Ernährungssicherheit, zum anderen die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft gefährdet hätte. Vielmehr muss es künftig darum gehen, wie die landwirtschaftlichen Betriebe die notwen-

digen Anpassungen leisten und gleichzeitig im Wettbewerb bestehen können.

dbk: Ein zentrales Thema der nächsten Legislatur ist die GAP nach 2027. Worauf kommt es Ihnen hier an?

Rukwied: Die Europäische Agrarpolitik ist für die deutsche und europäische Land- und Ernährungswirtschaft von existenzieller Bedeutung. Sie muss für wirtschaftliche Stabilität der Betriebe in offenen und volatilen Märkten sorgen und Garant für einen funktionierenden EU-Binnenmarkt sowie die Versorgung der rund 450 Millionen Verbraucher mit hochwertigen Lebensmitteln sein. Die GAP wurde über die Jahre stetig angepasst und immer komplexer. Wir brauchen endlich eine Vereinfachung der Förderstruktur und deutlich weniger Bürokratie. Außerdem müssen die verfügbaren Fördermittel im EU-Budget erhöht werden, um den steigenden Erwartungen von Politik und Gesellschaft an uns Landwirte gerecht zu werden.

dbk: Die EU-Kommission hat jüngst vorgeschlagen, die Bracheverpflichtung zu streichen, Fruchtfolgen zu flexibilisieren und den Kontrollwahn in kleineren Betrieben abzuschaffen. Ein Erfolg der Bauernproteste?

Rukwied: Die Bauernproteste haben bei vielen Politikern das Bewusstsein dafür geschärft, dass wir einen Politikwechsel brauchen, um der Landwirtschaft eine Perspektive zu bieten. Nun haben die EU-Abgeordneten mit ihrem Votum gezeigt, dass sie die zentralen Anliegen der europäischen und deutschen Landwirte für mehr Bürokratieabbau, Entlastung und Praxistauglichkeit bei der Umsetzung der EU-Agrarförderung unterstützen. Das ist ein wichtiges Signal für einen zukunfts- und wettbewerbsfähigen Landwirtschaftsstandort Europa. Jetzt ist die Bundesregierung nachdrücklich aufgefordert, die verbesserten Rahmenbedingungen in Deutschland praxistauglich und uneingeschränkt umzusetzen.

dbk: Naturschützer und grüne Politiker kritisieren, die EU-Agrarpolitik weiche damit den Umweltschutz auf. Wie bewerten Sie das?

Rukwied: Das sehe ich so nicht. Die deutschen Bauern gehen stets verantwortungsvoll mit ihren Flächen um, unabhängig von den Vorgaben der GAP. Die Förderziele beim Umweltschutz und Tierwohl bleiben über die weiterbestehende Konditionalität und die Förderung über Ökoregelungen erhalten. Effektiver Natur- und Artenschutz lässt sich nur umsetzen, wenn die Betriebe auch wettbewerbsfähig sind und flexibel auf externe Einflüsse reagieren können. Unsere Betriebe werden aktuell von der Bürokratie erdrückt. Die beschlossenen Vereinfachungen können auch nur ein erster Schritt sein hin zu einer umfassenden Entbürokratisierungsinitiative auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene für die Land- und Forstwirtschaft, die auch nach den Europawahlen weitergehen muss.

dbk: Was fordern Sie für Klimaschutz und Biodiversität?

Rukwied: Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität stehen ganz oben auf unserer Agenda. Dafür setzen wir auf Kooperation mit der Landwirtschaft statt auf Ordnungsrecht. Wir brauchen kooperativen Klima- und Naturschutz mit Augenmaß, der Umweltmaßnahmen in die Produktion integriert und sich für unsere Betriebe wirtschaftlich rechnet.

dbk: Wie lautet Ihr Kernanliegen für die Nutztierhaltung?

Rukwied: Unsere Tierhaltung leistet einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung und ist mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen ein elementarer Beschäftigungs- und Wirtschaftsfaktor für die ländlichen Räume. Beim Umbau der Tierhaltung zu mehr Tierwohl dürfen Zielkonflikte nicht zulasten des Tierwohls und der Tierhalter ausgetragen werden. Zudem brauchen wir einheitliche europäische Tierhaltungsstandards, um Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt zu vermeiden. Auch eine einheitliche europäische Tierhaltungs- und Herkunftskennzeichnung und deren Absicherung in Handelsabkommen sind unabdingbar.

dbk: Was fordern Sie noch für die nächste europäische Legislatur?

Rukwied: Wir brauchen ausgewogene Handelsabkommen im Sinne der Landwirtschaft, die europäische Produktionsstandards schützen. Zudem müssen wir eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für alle importierten Produkte einführen. Auch hier kommt es darauf an, dass zunehmende Bürokratie und Dokumentationspflichten in den Lieferketten vermieden werden. Für die erneuerbaren Energien brauchen wir einen europäischen Rechtsrahmen, der deren Ausbau fördert. Land- und

Forstwirtschaft sind Grundlage der Bioökonomie und können entscheidend zur Ressourcenunabhängigkeit beitragen. Außerdem brauchen wir fortan grundsätzlich umfassende ökonomische Folgenabschätzungen bei Gesetzesinitiativen.

dbk: Was ist mit den ländlichen Räumen?

Rukwied: Die europäische Politik muss die Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume fördern und so auch zur langfristigen Nachhaltigkeit des Agrarsektors beitragen. Unabdingbar sind dafür eine stärkere Förderung von Investitionen und Innovationen, eine stärkere Unterstützung für Junglandwirte und Existenzgründer, ein besseres steuerliches Umfeld für junge Unternehmerinnen und Unternehmer und vor allem endlich auch eine konsistente Digitalisierungsstrategie.

dbk: In der Gesellschaft und den Parteien gibt es auch Populismus und nationalistische Tendenzen, die sich gegen die EU richten.

Rukwied: Offensichtlich ist einigen Akteuren das Verständnis für die Basis unseres wirtschaftlichen Wohlstandes verloren gegangen. Dieser Wohlstand ist erst durch den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr in der EU entstanden. Auch die Landwirtschaft profitiert davon. Während die Kritiker der EU Stimmung gegen die Europäische Union machen, möglicherweise, um von Defiziten in den eigenen Nationalstaaten abzulenken, sind die überzeugten Europäer viel zu still.

dbk: Was sagen Sie denjenigen, die immer wieder den „Dexit“ fordern?

Rukwied: Der Brexit sollte mahnendes Beispiel genug sein. Ein „Dexit“ hätte noch weit gravierendere wirtschaftliche Auswirkungen für Deutschland. Das kann keiner ernsthaft wollen. Hinzu kommen die veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen. Stärke durch Zusammenhalt ist das Gebot der Stunde statt populistischem und polarisierendem Gerede.

dbk: Der 9. Juni wird eine richtungsweisende Wahl werden. Was sagen Sie den Wählern?

Rukwied: Gehen Sie zur Wahl und nehmen Sie Ihr demokratisches Recht wahr.

dbk: Was sagen Sie denjenigen, die nicht zur Wahl gehen wollen?

Rukwied: Nicht zu wählen ist keine Option. Das Wahlrecht ist der Goldstandard der Demokratie. Um das Recht einer freien Wahl beneiden uns viele Menschen in Diktaturen. Daher mein klarer Appell: Gehen Sie wählen!

Interview: Dr. Anni Neu



Handel schafft Wohlstand, und genau der ist auch in der EU erst durch freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr entstanden. Auch die Landwirtschaft profitiert davon. Foto: Markus Kammermann/pixabay